

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei ihrer Zustellung ins Haus für Groß-Vertriebe oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 5.— M. bei Zustellung unter Druckband 6.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Umlauf der Deutschnationalen für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19111. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inserate kosten die „Freiheit“ (Kontingente) oder deren Raum 1,20 M. Wortanzeigen das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leertextausdruck 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9749

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Krisenzustand in England.

Erschütterte Stellung des englischen Kabinetts.

H. N. Haag, 15. September.

Aus London wird gemeldet: „Central News“ berichtet, daß man in politischen Kreisen allmählich zu der Ansicht neige, daß die Generalwahlen nicht mehr lange ausbleiben werden. Aus ausschlaggebender Quelle verlautet, daß Lloyd George sofort nach seiner Rückkehr aus Frankreich einen Kabinettsrat einberufen wird, um die politische Lage zu besprechen. Lloyd Georges Berater bringen auf eine völlige Rekonstruktion des Kabinetts und auf die Generalwahlen. Man wünscht aber, daß Chamberlain und Walter Long ihre Ministerposten behalten sollen, andererseits will man wissen, daß Bonar Law aus eigener Initiative zurücktreten wird. Überall erwartet man eine Auflösung des Parlaments, und ferner ist man der Ansicht, daß Lloyd George bei den kommenden Wahlen nicht mehr wie bei den Novemberwahlen mit den Unionisten zusammengehen wird.

Hendersons Wahlfieg.

H. N. Haag, 15. September.

Aus London wird gemeldet: „Manchester Guardian“ bemerkt zur Wiederwahl Hendersons zum Parlamentsmitglied, daß Henderson mit aller Autorität des ehemaligen Kabinettsmitgliedes über alle Angelegenheiten reden werde, aber besonders werde er die dringenden Tagesfragen, wie z. B. das russische Problem, energisch behandeln.

Der englische Gewerkschaftskongress zur irischen Frage.

H. N. Haag, 15. September.

Aus London wird gemeldet: Der Kongress der Arbeiterverbände in Glasgow hat vor Schluß seiner Beratungen noch die irische Frage behandelt und nach Reden von Thomas und Eriks mit allen Stimmen einen dringenden Antrag angenommen, der besagt, daß der Kongress mit Anruhe die Lage in Irland betrachte, da jeder Wunsch des irischen Volkes, seine Freiheit zu erringen, mit militärischer Gewalt unterdrückt wird. Der Kongress wiederholt seine Überzeugung, daß nur die Selbstbestimmung die richtige Lösung bringen könne und verlangt von der Regierung, daß sie die militärische Herrschaft durch das Selbstbestimmungsrecht ersetzen solle.

Von der Landesversammlung der sächsischen Rechtssozialisten.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Dresden, 15. September.

Zwei Anträge geben der heutigen Debatte das Gepräge. Der erste, von Rahmann, Präsidentschaft und anderen, besagt, die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie und deren Landesversammlung haben in unehelicher Absicht und aus rein agitatorischen Gründen Bedingungen für den Eintritt in die Regierung gestellt, die eine Aufgabe demokratischer Grundzüge bedeuten und die von unserer Partei abgelehnt werden müssen. Die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen und eine gemeinsame Regierungsbildung mit der unabhängigen Sozialdemokratie hat deshalb die unabhängige Sozialdemokratie zu tragen. In Rücksicht darauf, daß die Regierung sich auf eine Mehrheit von Abgeordneten stützen muß, und daß die großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben erledigt werden müssen, ermächtigt daher die Landesversammlung die sozialistische Landtagsfraktion, in Gemeinschaft mit den Landesinstanzen, die Regierung neu zu bilden und Mitglieder der demokratischen Partei in die Regierung aufzunehmen, wenn die Demokraten bereit sind, auf Grund des Regierungsprogramms vom 20. März zu arbeiten. (Dieses Regierungsprogramm betont die sozialistische Grundzüge bzw. die allmähliche Sozialisierung.)

Der zweite Antrag Rahmann und Genossen lautet: Die Landesversammlung erklärt, daß die Bildung der Landesregierung nach parlamentarisch demokratischen Grundzügen zu erfolgen hat. Die Fraktion wird beauftragt, nochmals zu diesem Zwecke mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Lehnen es die Unabhängigen nach wie vor ab, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus mit und zu arbeiten, so ist eine Regierungsbildung mit dieser Partei unmöglich. Ist eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen De-

molokraten nur möglich unter Freigabe unserer demokratisch-sozialistischen und wirtschaftlichen Grundzüge, so ist an die Entscheidung des Landes zu appellieren.

Der Antrag Rahmann wurde mit 52 gegen 43 Stimmen abgelehnt, der Antrag Kasten mit 59 gegen 43 Stimmen angenommen. Das geschah, abgesehen von den Ministern und Otto Weis (Berlin), als Vertreter des Parteivorstandes, sowie der Referent Endermann lebhaft für den Antrag Rahmann eingesetzt hatten. Die Delegierten aus dem Lande waren dagegen meist sehr abgeneigt für das Zusammenarbeiten mit den Demokraten, mit Ausnahme der Delegierten von Leipzig und Dresden. Es kommt also die Entscheidung auf eine Verschiebung hinaus, die aber schließlich doch wohl zu der Regierungsbildung mit den Demokraten führen wird, da auch die Befürworter des Antrages Kasten nicht an die Erfüllung der Bedingungen der unabhängigen Sozialdemokraten denken, vielmehr das Wichtigste abzuhandeln versuchen werden.

Der russische Thronpräsident.

Paris, 15. September. (Havas.)

Die „Humanité“ erzählt, daß Großfürst Michael Romanow, der Bruder des verstorbenen Zaren, aus Perm, wo er gefangen gehalten wurde, geflüchtet ist. Er befindet sich gegenwärtig im Hauptquartier Rastkals und schiebt sich an, die Rolle eines Thronpräsidenten zu spielen.

Beginn des französischen Gewerkschaftskongresses.

Paris, 15. September.

Heute vormittag wird in Lyon der 14. nationale Kongress des allgemeinen Arbeiterverbandes C. G. T. eröffnet.

An die revolutionäre Arbeiterchaft Deutschlands!

Die Regierung und alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten arbeiten mit allen Kräften, um Verwirrung in die Reihen der revolutionären Arbeiterchaft zu tragen. Sie stellen der Forderung der Arbeiter nach revolutionären Arbeiterräten Scheinarbeiterräte entgegen. Sie schränken die Befugnisse der noch übrig gebliebenen Arbeiterräte ein, und suchen sie mitverantwortlich zu machen für die jetzigen Zustände. Sie suchen der Arbeiterchaft ein Rätesystem aufzuzwingen, das den Zwecken der Gegenrevolution dienen soll.

Die Wahlordnung des Zentralrates ist von dieser Absicht getragen. Die Zentralstelle der Betriebsräte Deutschlands warnt daher die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands vor der Wahlordnung des Zentralrates und vor dem Herrbild eines Rätesystems, das Regierung und Parlament der Arbeiterchaft aufzwingen wollen. Sie fordert die Arbeiterchaft auf, sich an den von dem Zentralrat ausgeschriebenen Wahlen nicht zu beteiligen.

Die politischen Arbeiterräte können unter der Herrschaft des Bürgertums entscheidenden Einfluß nicht erringen. Die Erklämpfung des entscheidenden Einflusses für sie bedeutet den Sieg der Revolution. In der vorrevolutionären Situation führt das Bestehen machtloser Arbeiterräte nur zur Anklammerung über die politische Situation und zu Illusionen der Arbeiterchaft. Die jetzt noch bestehenden Arbeiterräte sind keine Machtinstrumente, sondern Machtillusionen.

Die revolutionären Arbeiter und Arbeiterratsfunktionäre müssen deshalb Stellung nehmen zur Frage ihres ferneren Verbleibens in diesen Scheinarbeiterräten.

Die Aufgabe des revolutionären Proletariats ist es, mit aller Entschiedenheit den Kampf um die Betriebsräte aufzunehmen, überall Betriebsräte zu schaffen und zusammenzuschließen, nach den von der Zentralstelle angenommenen Grundlinien, und mit der größten Schärfe den Kampf gegen das Betriebsrätegesetz zu führen.

Arbeiter! Durchkreuzt die Verwirrungsversuche des Zentralrates und der Regierung, indem ihr den Gedanken wirklich revolutionärer politischer Arbeiterräte propagiert. Nur in der Rätereublik können souveräne politische Arbeiterräte verwirklicht werden.

Berlin, den 11. September 1919.

Zentralstelle der Betriebsräte Deutschlands.

Die Bewegung in der Metallindustrie.

Der gegenwärtige Konflikt in der Berliner Metallindustrie hat eine tiefere prinzipielle Bedeutung als die Mehrzahl der Lohnkämpfe der letzten Monate. Obwohl er das Interesse der breiten Öffentlichkeit nicht in dem Maße erregt, wie etwa die jungen Bewegungen im Verkehrsgewerbe, weil ihm das sensationelle Moment fehlt, das diesen Kämpfen eigen war, wird seine Entwicklung doch von den näher interessierten und tiefer blühenden Kreisen auf beiden Seiten, bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern, mit Spannung verfolgt. Die Bedeutung des Konflikts reicht über das lokale Interesse weit hinaus und seine Wirkungen werden nicht auf die Gegenwart des Kampfes und den Kreis der Kämpfenden beschränkt bleiben.

Der Kampf in der Metallindustrie ist in seinem gegenwärtigen Stadium der erste planmäßige Vorstoß des Unternehmertums gegen die durch die Teuerung der Lebenshaltung bedingten hohen Löhne. Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie soll wiederhergestellt werden auf Kosten der Arbeiter durch den Versuch, die Produktionskosten zu mindern durch den Abbau der Löhne. Dieses Bestreben des Unternehmertums trat in den letzten Monaten bei allen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, bei allen Tarifberatungen zutage. Erst jüngst haben die Buchdruckerbesitzer zu den Verhandlungen über den neuen Buchdruckertarif eine Vorlage eingebracht, die eine Verminderung der Teuerungszulage um 10 und 20 Mark pro Woche vorsah.

Wenn der Versuch der Unternehmer in diesem Falle mißlingt und es den Gehilfen sogar noch möglich war Erhöhungen der Teuerungszulagen zu erlangen, so muß es zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Regierung der Lohnstreitigkeiten durch tarifliche Vereinbarung auf friedlichem Wege im Buchdruckergewerbe auch für die Unternehmer schon in hohem Maße Tradition geworden ist. Die Buchdruckerbesitzer schieben diese Methode seit vielen Jahren der Anwendung offenen Widerstandes vor. Und sie hatten wohl gerade jetzt wenig Neigung den bewährten Boden zu verlassen und Experimente zu machen, da dem Gewerbe eine relativ günstige Konjunktur bevorstehen dürfte.

Anderes liegen die Dinge in der Berliner Metallindustrie. Hier herrscht ein Unternehmertum, das den Herrenstandpunkt stets brutal vertreten und das Herrenrecht mit den skrupellosesten Mitteln gewahrt hat. Die Metallindustriellen sind der gegebenen Stoßtrupp des Unternehmertums, der in den Wall des Widerstandes der Arbeiter gegen den Abbau der Löhne die erste Breche legen soll.

Jenen gegenüber steht eine Elite des Proletariats, eine alte Garde von gewerkschaftlichen Kämpfern, nicht eine jener nach dem November schnell zusammengerafften Scharen, die heute in vielen Gewerkschaften einen großen Teil der Mitglieder ausmachen. Daraus erklärt es sich, daß sich die Bewegung in der Metallindustrie nicht als schnell aufbrauendes Strohfeuer darstellt, sondern als ein überlegen geführtes Ringen, das alle Stadien friedlicher Schlichtungsmöglichkeiten systematisch durchläuft und den Streik als letztes Pressionsmittel in Reserve hält.

Aber die Berliner Metallarbeiter sind nicht nur eine geschulte Kampftruppe. Sie stehen zugleich in der vordersten Reihe der Opposition gegen die Landertaktik der oberen Gewerkschaftsinstanzen.

Als es einige Tage nach dem 9. November den organisierten Unternehmern, den schlimmsten Schwärzern von ehemals, gelungen war, sich mit der oberen Gewerkschaftsbürokratie zu den „Arbeitsgemeinschaften“ zu verbinden, da konnten sie eine Beilegung hoffen, in aller Ruhe und ungehindert auch das von der „höheren Einsicht“ der eingeleiteten Bureaukraten gebändigte Proletariat an der Wiederherstellung des heutigen Wirtschaftslebens in ihrem Sinne arbeiten zu können. Daß es anders kam, daß die Massen der organisierten Arbeiter die Taktik der Vorstände

Verworfen und sich durch die Subhandelnden „Arbeitsgemein- schaften“ nicht gefunden fühlten, war eine böse Enttäuschung für sie. Und darum brennen sie vor Begierde, den Berliner Metallarbeitern, diesen treuen Kampfern für die Arbeiter- interessen und erfolgreichsten Bogern der Vorstandstaktik, eine Niederlage zu bereiten. Diese Niederlage, so kalkulieren sie, wäre ein Schlag gegen die gesamte Opposition in den Gewerkschaften, eine Niederlage des tat- kräftigen gewerkschaftlichen Kampfes überhaupt, der den Unternehmern heute unangenehm ist als je. Damit gewinnen wir den zweiten prinzipiellen Gesichtspunkt, unter dem die Berliner Bewegung zu werten ist.

Der Kampfboden ist trefflich vorbereitet. Die künstlich geschaffene Kohlennot hat den Beschäftigungsgrad in der Berliner Metallindustrie für die Arbeiterklasse sehr ungünstig gestaltet und — Herr Schlicke, der die gewerkschaftliche Opposition im allgemeinen und die Berliner Metallarbeiter im besonderen nicht weniger hat als die Scharf- macher — wenn auch aus anderen Motiven — regiert im Reichsarbeitsministerium und ist berufen, über Recht und Unrecht in dem vorliegenden Streitfall zu Gericht zu sitzen.

Der „Vorwärts“ hat jüngst seinem Erstaunen Aus- druck gegeben, daß es Schlicke fertig bringen könne, so offen gegen die Interessen der Arbeiter zu verstoßen. Wir halten Herrn Schlicke weder für einen überragenden Kopf, noch für einen von kleineren Vorurteilen freien Menschen, und es würde uns darum gar nicht wundern, wenn er bei einer Niederlage der Berliner Metallarbeiter die gleiche Benützung empfinden würde, wie die Industriellen. Der Verbandstag der Metallarbeiter steht vor der Tür. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Opposition dort eine Mehrheit gegen den alten Vorstand haben wird. Die Berliner Metallarbeiter haben 64 oppositionelle Delegierte für den Verbandstag gewählt. Und der gegenwärtige Konflikt ist die erste umfassende Bewegung unter der Leitung der neuen, aus der Oppo- sition hervorgegangenen Ortsverwaltung. Wäre es nicht ein unbeschreiblicher Triumph für die Vorstands- anhänger, wenn die Berliner auf dem Verbandstage als die Geschlagenen erscheinen würden?

So ist dieser Kampf in doppelter Beziehung ein bedeut- samer Bestandteil der Bemühungen aller kapitalistischen Kreise um die „Wiederherstellung des deutschen Wirtschafts- lebens.“ Es gilt einmal, den ersten entscheidenden Schritt zum gewaltsamen Abbau der Ökonomie zu tun, und es gilt ferner, dem energischsten Teil des gewerkschaftlich organisierten Proletariats und seiner tatsächlichen Auffassung einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Der Ge- samtvorgang ist bezeichnend für die Richtung, in der sich das von der Regierung geförderte Streben der Unternehmer nach „Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens“ bewegt.

Auf fast allen gewerkschaftlichen Tagungen der letzten Monate ist zum Ausdruck gekommen, daß die Verbilligung der Lebenshaltung Voraussetzung sei für den Abbau der Ökonomie und daß jeder gewaltsame Druck auf die Lohnsätze unbedingt abzulehnen ist. Die Berliner Metallarbeiter stehen also für die Arbeiterklasse auf den Schanzen. Sie können darum der Aufmerk- samkeit und Förderung der gesamten Ar- beiterbewegung in ihrem Kampfe gewiß sein.

Der Fall Reinhard.

Die Regierung hat schnell gearbeitet, der Fall Rein- hard ist schon erledigt. Sie läßt folgendes mitteilen:

Dem Oberst Reinhard, Führer einer Reichswehr- Brigade, war von einem „Offiziersstellvertreter“ Georg Reuendorf öffentlich vorgeworfen worden, er habe die Regierung als ein Lumpengeindel und die schwarz-rot-goldene Reichswehr als Judenwehr bezeichnet. Hierzu erhielt Wolffs Bureau an zuständiger Stelle die Anklagen von Reuendorf gegen Oberst Reinhard und ein Nachwort Reuendorfs wegen seiner Dienstentlassung, die seinerzeit wegen grober Pflichtver- lehnung erfolgt ist. Wie bereits vorstehend die Angaben Reuendorfs bewertet werden müssen, geht aus seinen Vorstrafen hervor. Die Firma Krabbe aus Heidelberg hat hierher mit- geteilt, daß Reuendorf etwa 1901 bei ihr in Stellung gewesen sei und wegen Unterschlagung zu Gefängnis verurteilt worden sei. Eine Anfrage bei der Staatsanwaltschaft I Berlin ergab aus dem hiesigen Strafregister die Verurteilung Reuendorfs mit Ge- fängnis wegen Urkundenfälschung, Hausfriedensbruchs, Auf- forderung zu Raubhandlungen, wegen Entlassens als Schiffsjung und Diebstahl. Am 18. April 1918 wurde Reuendorf durch kriegsgerichtliches Urteil wegen militärischer Unter- schlagung in drei Fällen zu 6 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Wie es Reuendorf anscheinend mit gefälschten Militärpapieren gelungen ist, wieder in der Truppe zu er- scheinen, wie und ob er zum Offiziersstellvertreter befördert wor- den ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Trotzdem die Glaubwürdigkeit Reuendorfs demnach in höchst zweifelhaftem Lichte erscheint, sind von zuständiger Stelle sofort Ermittlungen über die Angelegenheit des Oberst Reinhard eingeleitet worden, die folgendes Ergebnis hatten:

1. Oberst Reinhard hat bei den Truppen keine monarchistische Propaganda betrieben, 2. die Angaben Reuendorfs, betr. die angeblichen Äußerungen des Oberst Reinhard über die Regierung sind nach Form und Inhalt un- wahr; besonders hat letzterer niemals durch öffentliche Reden das Ansehen der jetzigen Regierung herabzusetzen versucht.

Das ist das bewährte Rezept dieser Regierung. Es handelt sich um eine politische Frage von größter Be- deutung, um die Schicksalsfrage der Republik. Die Regie- rung läßt Polizeikräfte nachschlagen, stellt Vorstrafen fest und die Angelegenheit ist erledigt. Zwar ist gerade in diesem Fall die Beschaffenheit des Anklägers völlig neben- sächlich. Bemerkte doch sogar der „Vorwärts“, allerdings vor Bekanntgabe der Regierungserklärung:

Wir können dazu nur bemerken, daß die Person Reuendorf, so wie die Dinge bis jetzt liegen, politisch gleich- gültig ist. Hätte Reinhard die Behauptung Reuendorfs bestritten und stünde Aussage gegen Aussage, so könnte man allenfalls dazu kommen, den moralischen Wert der beiden Ver- urten gegeneinander abzuwägen. Aber so stehen die Dinge eben nicht, und darum ist es ganz belanglos, wer Reuendorf ist. Ent- scheidend ist allein, was Reinhard wirklich gesagt hat und welche politische Rolle er in dem ihm anvertrauten Truppenverband spielt. Darüber muß Klärung geschaffen und, je nachdem wie sie ausfällt, müssen die Konsequenzen gezogen werden.

Aber nach der Bekanntgabe wird der „Vorwärts“, ohnedies erschrocken über den scharfen Rüssel, den ihm Kosske auf dem sächsischen Parteitag erteilt hat, sich schon wieder ducken und auch Herr Scheidemann wird sich mit seinem Freunde Kosske wieder vertragen. Reinhard wird bleiben und die anderen konterrevolutionären Offi- ziere ebenso. Hat doch Kosske auf dem Parteitag erklärt:

Er spreche ganz offen aus, wenn er vor die Frage gestellt werde, einen Mann als Offizier anzunehmen und zu befördern, weil er angeblich ein Sozialdemokrat sei oder einen Mann, der aus seiner gegenseitigen Ueber- zeugung kein Hehl mache, sich aber der Regierung ehrlich und vorbehaltlos zur Verfügung stelle, so wähle er den letzteren, weil er und die Regierung besser dabei fahren.

Nun, die militärische Umgebung des Schwachkopfes sorgt schon dafür, daß ihm jeder republikanischer Gesinnung Ver- dacht als unfähig, jeder reaktionäre Monarchist als be- sonders geeignet geschildert wird. Das ist ja eben das famose System, das die Militärs sich geschaffen haben und das die Kosskeregierung nicht mehr anzulassen mag.

Die Urheber des 800-Millionschwindels.

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in seiner gestrigen Morgenansgabe mit den Kosten, die die A- und S.-Räte während ihrer Tätigkeit in der Revolutions- periode verursacht haben. Er stützte sich dabei auf die vom Finanzministerium herausgegebene Denkschrift, die die Gesamtkosten auf etwa 94 Millionen Mark be- ziffert, und schreibt darüber u. a.:

Die Summe von circa 94 Millionen Mark be- trägt wenig mehr als zehn Prozent der seiner- zeit von unverantwortlicher Seite aus- gegeben und von der ganzen nichtsozialdemo- kratischen Presse aufgenommenen Schauer- nachricht von den 800 Millionen, welche die „be- treuungsfähigen“ A- und S.-Räte in ihre Taschen ge- steckt hätten. Die Rechnung, die, wenn wir nicht irren, im März d. J. zum ersten Male aufstande, trug den Stempel der Unwahrheit an der Stirn. Demnach war der Massen- betrieb in den einzelnen Regiments-, Abteilungen-, Bata- lionen etc. noch in einem so völligen Zustande der Ver- wirrung, daß an eine den Tatsachen entsprechende Berechnung der wirklich gemachten Ausgaben für die A- und S.-Räte gar nicht gedacht werden konnte.

Der „Vorwärts“ kommt mit seiner Rechtfertigung der A- und S.-Räte reichlich spät. Zudem erweckt er in seinem Artikel den Anschein, als ob er und seine Gesinnungsgenossen an der Verbreitung der „Schauernotiz“, daß die Räte 800 Millionen Mark verschlungen hätten, völlig unschuldig seien. Wir wollen deshalb sein Gedächtnis etwas auffrischen und daran erinnern, daß der Schwindel über die Geldver- schwendung der A- und S.-Räte ein rechtssozialisti- sches Produkt ist, das nicht erst im März 1919 zum Gaudium der gesamten Reaktion in die Welt gesetzt wurde, sondern schon am 2. Dezember 1918, also kaum 14 Tage nach der Revolution, und zwar durch die „Politisch-Parla- mentarischen Nachrichten“ des Herrn Anton Dofrieder, der im Gebäude der „Vorwärts“ Druckerei seine Nieder- lassung hat und von dort aus mit noch anderen Justiz- genossen die Verfeuchung der Presse mit offiziellen Nach- richten betreibt, die zumeist mehr erlogen als richtig sind. Die betreffende Notiz lautete:

Der Finanzbedarf der A- und S.-Räte. Der Finanzbedarf der A- und S.-Räte in den ersten 14 Tagen ihres Bestehens hat, wie die P. B. N. von vertrauens- würdiger Seite erfahren, 800 Millionen Mark betragen.

Also nicht in der Zeit bis zum März 1919, sondern in den ersten 14 Tagen ihres Bestehens sollten die A- und S.-Räte diese Riesensumme verdrängt haben! Es stimmt aber auch nicht, wenn der „Vorwärts“ schreibt, diese Schauernotiz sei von der „gesamten nichtsozial- demokratischen Presse“ verbreitet worden. Vielmehr fand sie auch Aufnahme in einem Teil der rechtssozialisti- schen Presse, während der „Vorwärts“, der jetzt auf einmal zu der Einsicht gekommen ist, daß sie den Stempel der Unwahrheit an der Stirn trug, seinerzeit den Schwindel in die Welt gehen ließ, ohne daß er nur mit einem Wort gegen die unerhörte Verdächtigung der A- und S.-Räte protestiert hätte. Wir aber denken an dieser Stelle den Schwindel gehörig aus und schreiben am 4. Dezember 1918 am Schluß des betreffenden Artikels:

Bringt man Beweise für eine unangebrochene Vergebung, so wird keiner abgerufen, auch von den Nachhabern von heute Nachschicht zu verlangen und ihre Befreiung zu fordern. Aber zunächst fehlen noch die Beweise. Zu- nächst handelt es sich nur um allgemeine, zum Teil ganz offen- kundig falsche Behauptungen. Gegen sie gilt es scharfen Protest zu erheben; denn sie sollen nur dazu dienen, die Einigkeit des Proletariats zu verwirren und das Werk der Revolution zu hindern.

Damit hatten wir die Tendenz dieses Schwindel- manövers eingehend bloßgestellt. Diese Tendenz war aber damals dem Bestreben des „Vorwärts“ und seiner Ge- sinnungsgenossen hoch willkommen. Sie waren die Tod- feinde der Räte und schreien, um deren Ansehen zu er- schüttern, selbst vor böswilligen Verleumdungen nicht zurück. Wenn also der „Vorwärts“ heute der Reaktion den Ver- leumdungsfeldzug gegen die A- und S.-Räte zuschiebt, so schlägt er sich damit selbst ins Gesicht, denn dieser Feldzug war in Wirklichkeit sein und seiner Gesinnungsgenossen ur- eigenes Werk.

Neue Verschlebung nach Kurland.

Die Verschlebung von Seeresquart für die in Kurland befindliche konterrevolutionäre Armee nehmen dort der Nachsicht und der Machtlosigkeit der Regierung den monarchistischen Offizieren gegenüber ihren weiteren Fortgang. Am Sonnabend, den 13. September, ist auf dem Bahn- hof Rerik bei Stolp in Pommern die Batterie Krabbe (Führer Leutnant Krabbe) mit dem Bestimmungsort Riga verladen worden. Die Batterie besteht aus vier 10,5 cm Geschützen und ungefähr 30 Bedienungsmannschaften. Den Mannschaften ist vor der Abfahrt doppelte Röhnung verprochen worden; außerdem wurden ihnen am 12. September 800 Mark Lohnung im voraus bezahlt. Sie sollen in Kurland gegen die „Bolschewisten“ kämpfen. Nachdem die Regierung vor dem General von der

Golz zur Kreuze gekreuzt und Kosske sein Verhalten noch extra beschönigt hat, können die Herrschaften, die von Kurland aus die Wiederherstellung der Monarchie be- treiben, sich wieder mit Feuerreifer an ihre Aufrüstungs- arbeiten machen. Es stört sie niemand dabei. In Kurland wird indessen die Räumung von Tag zu Tag verzögert, und die undisciplinierte, moralisch völlig verkommene Truppe vilegt mittlerweile das Ansehen Deutschlands dergestalt, daß sie sich an dem Hab und Gut der einheimischen Bevölkerung bereichert. Darüber gibt das nachstehende Telegramm näheren Aufschluß.

Kopenhagen, 12. September.

Laut Blättermeldungen aus Riga sollen die Kellert- ruppen sich freudig, Westpreußen zu verlassen. Das deutsche Militär erwartet in Bilkiliedung die Entlohnung der Ge- eignisse. Das deutsche Militär beraubt die Passanten auf den Landstraßen. Die Soldaten dreschen den Gutserzeugen aus und führen ihn eifrig fort. Den Rest verwenden sie als Pferdefutter oder vernichten ihn. Weiter verhindern sie die Regierungsbeamten die Produktsammlung für Landes- zwecke auszuführen.

Der Beschluß des französischen Parteilages.

Gegen die Kreditbewilligung und den Friedensvertrag. — Aufrechterhaltung der Parteieinheit.

Versailles, 14. September.

Der Resolutionsausschuß des außerordentlichen nation- alen sozialistischen Kongresses hat gestern noch bis 3 Uhr beraten und heute vormittag um 8 Uhr seine Verhandlungen fortgesetzt, die um 11 Uhr beendet waren.

Marcel Cachin eröffnete die Plenarversammlung und teilte mit, daß die Kommission zu einem Einvernehmen gelangt sei. Sie schlägt dem Kongress folgende Tagesordnung vor:

Der nationale Kongress, dem von verschiedenen Föderationen Beschwerden über die Haltung von 11 sozialistischen Deputierten, die zweimal die von der bürgerlichen Regierung verlangten Kredite bewilligt haben, erhalten hat, erinnert daran, daß die Ver- weigerung der Kredite einen grundlegenden Bestandteil der gemeinsamen Erklärung der sozialistischen Organisationen vom 13. Januar 1915 ausmacht und deshalb auch die Grundlage der sozialistischen Einheit bilden muß. Der Kongress erwener deshalb die klaren Beschlüsse, denen unter Ausschluß jeder besonderen und persönlichen Stellungnahme alle Genossen in voller Gewissensfreiheit zugestimmt haben, die sich damit verpflichteten, der Partei ihre loyale Unterstützung zu leisten. Die Erwählten der Partei im Parlament bilden eine einheitliche Gruppe gegenüber allen politischen bürgerlichen Parteien. Die sozialistische Gruppe im Parlament muß der Regierung alle Mittel ver- weigern, die die bürgerliche Herrschaft und ihre Erhaltung in der Nacht sichern sollen. Sie muß insbesondere die militärischen Kredite, die Kredite für koloniale Eroberungen sowie das gesamte Budget ablehnen. Wenn während des Krieges aus Gründen der nationalen Verteidigung die Anwendung dieser Grundbeschlüsse aufgehoben worden ist, so ist deren Gültigkeit sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes durch den Kongress vom Februar 1919 wieder- hergestellt worden. Die 11 Deputierten der Partei, die trotz dieser Bestimmung Kredite bewilligt haben, haben sich deshalb in schwerer Weise gegen die Parteidisziplin verhalten und der Kongress tadelt sie deshalb. Er macht sich die Entschlie- ßung der früheren Kongresse zu eigen, indem er er- klärt, daß jeder sozialistische Erwählte, der die Kre- dite bewilligt, sich von selbst außerhalb der Partei stellt. Jede Zuwiderhandlung wird als ein Vergehen gegen die Disziplin betrachtet und vor den Ver- waltungsrat gebracht, der das Recht hat, die durch den in Frage kommenden Kongress bestimmten Ausschlußmaßnahmen zu er- greifen, die alsdann der betreffenden Föderation und der parla- mentarischen Gruppe mitgeteilt werden unter der Zusicherung, daß jeder davon Betroffene das Recht hat, dagegen zu appellieren, wie es die Statuten der Partei vorsehen.

Der Kongress erklärt, daß dieser Beschluß sich auch auf die Zustimmung zum Friedensvertrag, der durch die sozialistischen Erwählten nicht ratifiziert werden dürfte, bezieht.

Die Resolution erinnert alsdann an die Notwendigkeit einer strengen Disziplin, damit die sozialistische Aktion stark und geeinigt bleibe, und erwartet, daß die einzelnen Föderationen bei der Auswahl der Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen es als ihre Pflicht betrachten werden, die traditionellen sozialistischen Grund- sätze festzuhalten, jedoch im Geiste der Toleranz und im In- teresse der sozialistischen Einheit handeln werden. In Anbetracht dieser gebotenen doppelten Vorsicht rechnet der Kongress auf die Föderationen, damit sie in voller Freiheit über das ihnen durch die Statuten zustehende Recht verfügen und in diesem Sinne die Kandidaten auswählen. Im Falle von Schwierigkeiten, die sich ergeben könnten, gibt der Kongress dem Verwaltungsrat Vollmacht zu vermitteln, um die Interessen der sozialistischen Ein- heit sicherzustellen. Der Kongress gibt außerdem dem Ver- waltungsrat den Auftrag, ein Komitee an die Arbeiter Frankreichs auszuordnen, damit die notwendige Einigkeit erzielt werde, und damit alle sich im Geiste des Parteiprogramms unter Berücksichti- gung der nationalen und internationalen Ereignisse der Stunde einigen.

Die Resolution wird mit 1427 Stimmen angenommen. 400 Stimmen werden für eine Tagesordnung abgegeben, die den Ausschluß der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, verlangt.

Der Kongress stimmt alsdann im Grundsatz der Kom- mission zu, die ein kommunales Programm aus- arbeiten hat. Der Kongress beschäftigt sich auch mit einem Antrag der unabhängigen deutschen Sozial- demokraten, die eine Zukunftsfeier verlangen, um Erhebungen über die Ereignisse in Russland anzustellen. (Es handelt sich um eine Einladung unserer Parteileitung an die französische Partei zu einer Vorgesprächung über das Problem der Internationale. Ann. der Red.) Auf Antrag von Renaudel wird dieses Verlangen dem Ver- waltungsausschuß zur Prüfung überwiesen. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet und er wurde ge- schlossen.

Die Debatte.

Versailles, 14. September. (M. Z. S.)

Der außerordentliche nationale sozialistische Kongress trat erst gestern nachmittags nach 4 Uhr in die Plenarverhandlungen ein. Inzwischen war bekannt geworden, daß die Resolutions- kommission nicht imstande war, den Text einer Tagesordnung festzustellen, auf die sich die Mitglieder einigen konnten. Sie hat deshalb eine Unterkommission eingesetzt, die jedoch auch zur fest-

gefallen Zeit ihre Arbeiten noch nicht beendet hatten. Man trat deshalb mit zweifelhafter Verspätung in die öffentliche Diskussion ein.

Der Generalsekretär Proffard teilte nach dem „Petit Parisien“ den Delegierten mit, welche Schwierigkeiten entstanden seien, und daß Daniel Renault im Auftrage der neuen Mehrheit sich geneigt habe, neue Konzeptionen zu machen.

Proffard sagte: Die Lage ist ernst. In der Tat hat weder die eine wie die andere Seite gewagt, vor der Vollversammlung auszusprechen, was wir denken. Die Krise ist schmerzhaft und es erhebt sich die Frage, ob die Einheit gefährdet werden müsse. (Man ruft: Nein, nein.) Müssen wir, weil wir während des Krieges unsere Pflicht verschieden aufgefaßt haben, jetzt zum Bruch kommen? Wir haben doch alle die Absicht gehabt, das Beste für die Interessen des Landes und für die Internationale zu tun.

Renault, mit Tränen in den Augen, stimmt dem zu. Proffard sieht deshalb seine Freunde an, zur Einigung zu kommen. Wenn es zur Trennung käme, dann sei der französische Sozialismus morgen nur noch ein Konglomerat von Partigruppen.

Im Abgehen wird Proffard von Majeras aufgefordert, zu erklären, daß Albert Thomas es gewesen sei, der am Vortag die Einigung verhindert habe. Man ruft im Saal nach Thomas und er tritt sofort die Rednertribüne.

Thomas sagt: Ich habe wohl erklärt, daß ich für den Friedensvertrag stimmen werde, aber es ist ja darüber noch gar nicht abgestimmt. Was mich heute vormittag erregt hat, war der Streit an den Wahlkombinationen. Die Kienthaler rufen: Kriegssozialist. Thomas erklärt: Ja, Kriegssozialist, wenn Ihr wollt, aber wir wollen wissen, wie die, die Ihr so nennt, morgen in euren Föderationen behandelt werden. Vor allen Dingen, ob man sie wie gleiche Kameraden ansehe. Eine Disziplin müsse sein. Sie könne aber nur nützen, wenn sie brüderlich sei. Die Zukunft Frankreichs mache ihm Sorgen. Aber er könne unerbittlich seinen Namen unter ein Manifest setzen, was in bezug auf die nationale Verteidigung Dinge sage, die er nicht akzeptieren könne. Er sei bereit, in bezug auf die Aktion von Denikin und Koltschak? Jugoslawen zu machen.

Konguet erklärt, daß ihm damit nicht gebietet sei. Er müsse sich näher aussprechen. Thomas erklärt alldann, daß er Angebote des russischen Sozialisten Burzew zur Zusammenarbeit mit ihm abgelehnt habe. Er wolle die wahren russischen Sozialisten nicht verleugnen. Als man ihm dazwischen ruft: Kereński, sagt Thomas: Er werde sein Freund bleiben, aber mit den Bolschewisten gehe er niemals.

Auch der Kienthaler Alexander Blanc greift in die Debatte ein und verlangt, daß der Kongreß nicht mehr über die Ausschließungen reden solle. Das löste einer Preisrede Berezowski, die die letzten Kriegskredite bewilligt hätten. Aber es scheint ihm doch, daß Thomas und Kappaport nicht zusammen auf einer Wühlkarte stehen könnten. Wenn man den Bolschewisten Terror vorwerfe, so müsse man bedenken, daß die französische Revolution Ähnliches gerechtfertigt hätte.

Generalsekretär Proffard schloß vor, die Resolutionskommission nochmals zusammentreten zu lassen. Auch Majeras ist der Ansicht, daß man noch zu keiner Einigung kommen könne. Daniel Renault will gern nochmals in der Kommission arbeiten, aber es handle sich darum, welche Konzeption die ehemaligen Parteimitglieder zu machen gebühten. Denn die jetzige Mehrheit könne nicht allein die Lasten tragen. Renault ist damit einverstanden, daß man einen gemeinsamen Text suche. Von anderer Seite wird erklärt, es handle sich eigentlich nur um Personensfragen. Man wolle die Föderationen zwingen, die ehemaligen Abgeordneten wieder aufzustellen. Dieser Redner ist bereit, von der Seineabderation zu verlangen, die in Frage kommenden 4 Deputierten wieder auf die Wühlkarte zu stellen. Aber der Kongreß dürfe das nicht erzwingen wollen.

Man beschließt schließlich die Sitzung auf Sonntag vormittag 9 Uhr zu vertagen.

Protest gegen die Zustände im Elsaß.

Verfaßtes, 15. September.

Zum gestern beendeten außerordentlichen sozialistischen Kongreß ist nachzutragen, daß nach „Humanität“ vom Kongreß eine Tagesordnung Grumbach-Rosont angenommen wurde, in der protestiert wird gegen die Verletzung des Streikrechts der elsass-lothringischen Arbeiter in Mühlhausen und beim letzten Eisenbahnerstreik in Vöhringen. Die Entschädigung verlangt auch die sofortige Herstellung gesetzlicher Garantien, damit die Wahlen in Elsaß-Lothringen in voller Freiheit vorgenommen werden könnten.

Dänische Enthüllungen.

Kopenhagen, 15. September.

Die heutigen Zeitungen bringen ausführliche Auszüge aus den amtlichen Aktenstücken über die Gespräche zwischen dem Vertrauensmann des früheren Ministerpräsidenten Christensen, Hauptmann Rütten, und dem deutschen Generalkonsul von Rolke in den Jahren 1906 und 1907. Die Akten enthalten auch ein längeres Schreiben Christensens an die Militärkommission des Reichstages vom 18. August d. J., in dem Christensen zu seiner Verteidigung u. a. erklärt: Die Instruktion an Rütten lief namentlich darauf hinaus, Rolke davon zu überzeugen, daß Dänemark eine wirkliche Neutralität mit den daraus sich ergebenden Folgen wünschte, und daß Dänemark Wert darauf legen würde, daß Deutschland ebenfalls diese Neutralität respektieren zu wollen. Ein Abkommen weitergehenden Inhalts, zum Beispiel eine Militärkonvention, würde man aus den beiden in der Instruktion angeführten Gründen bedenklich finden. Diese Gespräche und der Briefwechsel mit Rolke hatten für die dänische Regierung keinen bindenden Charakter, waren aber für unser Land sicherlich von großem Nutzen, da sie Deutschland davon überzeugten, daß es bei einem kommenden Krieg von und nichts zu fürchten hatte. Vor 1901 hatte man in Deutschland eine entgegengekehrte Auffassung. Ich zweifle daran, ob jemand ernstlich wünschen kann, daß diese Gespräche nicht stattgefunden hätten. Es entspricht meiner Überzeugung, daß sie mehr als irgend etwas anderes dazu beigetragen haben, daß unser Land nicht in den Krieg hineingezogen wurde. Hätte man in Deutschland 1914 die gleiche Auffassung gehabt wie vor 1901, so wären wir sicher einem furchtbaren Schicksal nicht entgangen. Es ist selbstverständlich, daß man auch die Stimmung auf englischer Seite untersuchte, soweit es möglich war. Darüber ist aber, soweit mir bekannt, nichts niedergeschrieben worden. Jedoch erhielten wir die bestimmte Auffassung, daß England sich ebenso wenig wie Deutschland denken konnte, daß Dänemark seine Neutralität durch einen Vertrag anerkannt erhalten könnte.

Trotz dieses Beschwichtigungsversuches hat sich der öffentlichen Meinung in Dänemark unabweisbare Tatsache be-

mächtigt. Die Kopenhagener Presse behandelt das Thema in langen Artikeln. „Politiken“ erhebt heftige Vorwürfe gegen den ehemaligen Minister und „Sozialdemokraten“ hält daran fest, daß Christensen direkte militärische Hilfe für Deutschland angeboten hat. Das Blatt erinnert an den Versuch Christensens, zu Beginn des Krieges an die Spitze des Ministeriums zu gelangen, und schreibt: Die große Enthüllung hat allen die Augen geöffnet, welche Gefahr für unser Land gewesen wäre, wenn es Christensen gelang wäre, die Macht zu erobern. Denn Herr J. C. Christensen am Ruder des Staatschiffes während des Krieges hätte bedeutet, daß die sichere vertrauensvolle Neutralitätsgrundlage durch ein Gewebe abgrundtiefer Falschheit, zweideutiger Redeweise und unehelichem Handeln ersetzt worden wäre.

Zur Ratifizierung des Friedensvertrages.

Verfaßtes, 15. September.

Marcel Gulin sagt in seiner letzten Uebersicht über die parlamentarischen Verhandlungen, daß man nunmehr glaube, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages in der Kammer Ende der Woche erfolge. Der Senat werde dann am 27. September abstimmen, so daß die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Frankreich in der ersten Oktoberwoche ausgesprochen werde.

Verfaßtes, 15. September.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington sagt, Bullitts Enthüllungen hätten dem Friedensvertrag in Amerika den stärksten Stoß versetzt und der Senat wünsche nun vertraulich über die Verhandlungen der Friedenskonferenz in Paris unterrichtet zu werden. Bullitts habe in Moskau mit den Bolschewisten verhandelt, deren Friedensverträge nach Paris überbracht und diese den amerikanischen Sachverständigen unterbreitet. Lloyd George habe davon Kenntnis genommen und den Wunsch gehabt, mit Russland auf der vorgeschlagenen Grundlage zu verhandeln. Wilson aber habe sich auf seine Disziplin eingelassen und erklärt, er beschäftige sich mit Deutschland und wolle sich nicht zugleich mit den russischen Angelegenheiten belasten. Lloyd George habe später, als Koltischal einige Vorteile erzielte und die Northcliffe-Presse ihn wegen seiner Friedensabsichten angriff, seinen Plan auch wieder aufgegeben.

H. N. Haag, 15. September.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Anlässlich der Debatte über das Friedensabkommen im südafrikanischen Parlament erklärte Smuts, daß er von der Volksvertretung nicht die Genehmigung sondern lediglich die Ratifizierung des Abkommens verlange. Es sei den Deutschen auch bereits mitgeteilt worden, daß, falls gewisse Bedingungen des Vertrages sich als unerfüllbar erweisen sollten, der Weltkrieg das Mittel sein würde, Erleichterungen dieser Bedingungen zu schaffen.

Der Strafantrag im Geiselmordprozess.

München, 15. September.

In der heutigen Sitzung beantragte nach fast vierstündiger Rede des Staatsanwalt Hoffmann gegen die Angeklagten im Geiselmordprozess folgende Strafen:

Die Todesstrafe gegen die Angeklagten Feil, Seidl, Johann Wibl, Schäffler, Josef Seidl, Gschwan, Lerner, Würstl, Reimer, Gannes und Reichmeier; 15 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten Wessl; 10 Jahre Zuchthaus gegen die Angeklagten Riß, Rull, Huber und Schmittels und Freispruch für den Angeklagten Petermaier.

Auslieferung Agelrods und Radels.

Der Rechtsvertreter Agelrods erhielt vom Auswärtigen Amt die Mitteilung, daß der Austausch Agelrods mit dem gleichfalls geplanten Austausch Radels zu verbinden und an der litauischen Front durchzuführen sei. Als Gegenleistung sollen die wegen Agelrods Verurteilung festgenommenen deutschen Geiseln ausgetauscht werden. Es finden z. B. noch mit der litauischen Regierung Verhandlungen statt wegen der Durchreisegenehmigung für Radel und Agelrod. Diese Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Russisches Friedensangebot an Lettland.

Kopenhagen, 13. September.

„Katoprep“ meldet am Sonnabend, daß am 11. September im Außenministerium eine Radioansage des Regierungskommissars der Sowjetregierung Tschitscherin, die Kriegshandlung gegen die Bolschewiken einzuleiten und Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, eintraf. Die Beziehungen der deutschen und russischen Soldaten in Litau verschlechterten sich tagtäglich.

Schwere Ausschreitungen in Waldenburg.

Waldenburg, 15. September.

Sonnabend vormittag ist es in Waldenburg (Schlesien) zu Unruhen verschiedener Gewächse, besonders der Schuhwaren- und Konfektionsbranche, gekommen, die nachmittags fortgesetzt wurden. Hierbei wurde auf Polizeibeamte geschossen und eine Handgranate gegen das Rathaus geworfen, wobei die Fenster der Polizeiwache zertrümmert wurden. Es wurde ein Sturm auf die Wache ausgeführt. Bei einem Ausfall der Sicherheitsmannschaften wurden nach einigen Schreckschüssen scharfe Schüsse abgegeben, eine Person wurde getötet, vier wurden schwer verletzt.

Die Meldung muß mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden, da kaum anzunehmen ist, daß die „Menge“ ohne jeden Grund auf Polizeibeamte geschossen hat und das Rathaus erlöschte. Man weiß doch, wer heute die Waffen in der Hand hat.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Belgrad, 15. September. (Dabss.)

Der Rücktritt des Kabinetts wird bestätigt. In einem amtlichen Schreiben, das vom 12. September datiert ist, wird ausgeführt, daß der Rücktritt begründet liegt in den diplomatischen Schwierigkeiten, die dazu führten, daß Südslawien sich weigerte, den Friedensvertrag mit Österreich zu unterzeichnen.

Zur Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Stockholm, 14. September.

Im Anschluß an die Nachricht, daß Deutschland und Deutsch-Oesterreich nicht offiziell zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz in Washington eingeladen werden sollen, erfährt „Stockholms Dagblad“ vom Reichstagsabgeordneten Herrmann

Vindqvist, dem Vorsitzenden der schwedischen Arbeiterorganisationen, daß die Arbeiter der skandinavischen Länder sich unter diesen Umständen nicht an der genannten Konferenz beteiligen würden. Man, der Vertreter der norwegischen Landesorganisation, nahm seine Wahl nur unter der Bedingung an, daß auch die deutschen und österreichischen Arbeiter an der Konferenz in Washington teilnehmen dürfen. Auch die dänischen Arbeiter haben beschlossen, nicht nach Washington zu gehen, weil der Ausschluß der deutschen und der österreichischen Arbeiter im Widerspruch mit den auf der sozialistischen Konferenz in Amsterdam gefassten Beschlüssen stehe.

Gewerkschaftliches.

Die Gründung des Zentralverbandes der Angestellten.

Am 8. September waren in Weimar die Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, des Verbandes der Bureauangestellten und des Verbandes der Deutschen Versicherungsbeamten beisammen, um über die Verschmelzung der Organisationen zu einer Gesamtkonferenz der Angestellten zu beraten. Die Vereinigung der Verbände wurde beschlossen und damit ist die Herstellung der geschlossenen Front der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten zur Tagesordnung geworden. Ein erfreulicher Fortschritt, an dem die Arbeiterklasse ungetrübte Freude haben könnte, wenn die versammelten Vertreter nicht einen Beschluß ausgebrütet hätten, der der neuen Organisation eine deutliche Tendenz gegen die Vertreter zu geben geeignet ist. Wir konnten diese Entscheidung schon in der Morgenansage vom 12. September veröffentlichten und knüpften daran die Frage, welche früheren Beschlüsse den Vertretern das Recht geben, die Mitglieder „nachdrücklich“ zur Bekämpfung von Streikungen zu verpflichten, die darauf hinauslaufen, den gewerkschaftlichen Kämpfen und Aufgaben im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften andere Formen und andere Träger zu geben. Und wir stellen die weitere Frage, ob diese Wendung der Entscheidung sich etwa gegen die Arbeiterbewegung richten solle.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Hellmann glaubt sich betrogen, die Antwort auf unsere Fragen zu geben. Der Rätegedanke wird durch diesen Beschluß insoweit nicht getroffen, als er sich mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen verträgt. Schreibt die „S. K.“: Wer die Dinge kennt, der weiß, daß sich die würdigen Instanzen im Vollbesitz der Mehrheit über die gewerkschaftlichen Grundsätze glauben, während die Massen der organisierten Arbeiter und Angestellten über gewerkschaftliche Grundsätze und Pflichten ganz anderer Auffassung sind, als die Vorstände. Sie allein haben aber die Befugnis, zu bestimmen, inwieweit Rätegedanke und gewerkschaftliche Grundsätze sich „vertragen“, was Herr Hellmann zugibt, indem er sagt, daß der Beschluß „selbstverständlich“ noch der Zustimmung der Mitglieder bedarf. In der Hand rätischer Gewerkschaftsorganen bedeutet so ein Beschluß eine Schlinge für jedes Einzelmitglied und einen gefährlichen Konfliktsherd im Organisationsleben. Es ist bedauerlich, daß man ein „Einigungswerk“ mit einer solchen Entscheidung beginnt, und wir möchten die Angestellten „nachdrücklich“ vor der Zustimmung zu der Entscheidung warnen, denn die Behauptung des Herrn Hellmann, daß die Einigung mit dem Beschluß steht und fällt, soll doch nur als Luft dienen.

Die Maschinisten und Heizer lehnen den Schiedsspruch ab.

In einer gut besuchten Versammlung nahmen am Montagabend die Maschinisten und Heizer Stellung zum Schiedsspruch in der Metallindustrie. Fröhliche Berichte über den Schiedsspruch, wonach gehören sollen zu Gruppe I: Maschinisten und Heizer und Berufsgenossen in Kraftzentralen, Schaltbrettwärter, Obermaschinen und Oberheizer in Kraftzentralen. Gruppe II: Maschinisten und Heizer, die ihre Anlage selbständig instand halten. Gruppe III: Batterie-, Pumpen- und Dynamomärter. Gruppe IV: Hilfsmaschinisten, Fuhrer und Arbeiter für Hilfsmaschinen, Hilfsheizer, Metallreiniger, Schladenzähler, Kohlenfahrer und Generatorenheizer.

Die Diskussion zeitigte naturgemäß große Entrüstung über diese Einteilung. Die Maschinisten und Heizer, die alles qualifizierte Arbeiter sind, müssen unbedingt zu Gruppe I gerechnet werden. Schlichting übte berechtigte Kritik über die Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses. Der Schiedsspruch in der vorliegenden Form wurde einstimmig abgelehnt. Das Verfahren in den Grenzstreitigkeiten mit dem Staats- und Gemeinbedarferverband und dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Tarifänderung der Bauanschläger. Eine Branchenversammlung befaßte sich am Sonntag mit dieser Frage. Kollege Matthes beschloß sich eingehend mit dem Verhalten der Unternehmer in der Metallindustrie. Der Tarif bestche seit 1912 und könne keinen Anspruch darauf erheben, für die jetzigen Verhältnisse zu gelten. Am 22. August d. J. seien mit den Unternehmern 180 Prozent Zuschlag zum Akkod und für Lohnarbeiter pro Stunde 3 M. festgesetzt worden, da die Arbeiter das gesamte Handwerkszeug selbst stellen müssen und keine feste Arbeitsstelle hätten, so reiche dieser Lohn nicht mehr aus. Es ist ein schwerer Kampf zu erwarten und keine Zusammenhalten der Kollegen notwendig. Ein Antrag, den Tarif zum 1. Oktober zu kündigen, fand Annahme. Eine Kommission soll den Entwurf zu einem neuen Tarif ausarbeiten und Bericht erstatten. Nachdem noch in der Debatte verschiedene Branchenangelegenheiten besprochen, wurde mit einem Appell zur regen Organisationsarbeit die Versammlung geschlossen.

Straßenhändler

Morgen nachmittag gelangt zur Ausgabe

FREIE WELT - HEFT 18

Expedition: Schiffbauerdamm 19

